Wahlplattform 1999 der SP Schweiz

Verabschiedet vom ausserordentlichen Parteitag vom 4. September 1999 in Basel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Mit nachhaltigem Wachstum Erwerbsarbeit für alle	4
Der ökologische Umbau ist eine Chance für die Umwelt und den Werkplatz Schweiz: Nutzen wir sie!	6
Finanz- und Steuerpolitik im Dienst der Vollbeschäftigung und der Gerechtigkeit	7
Service public: hohe Qualität für alle statt noch mehr Privatisierungen	8
Bildung ist Zukunft – Die Schweiz muss in die Zukunft investieren!	10
Bilaterale Verträge und EU-Beitritt mit internen Reformen	12
Sozialer Zusammenhalt setzt starke Sozialversicherungen voraus	13
Gesundheit muss für alle bezahlbar sein	14
Gleichstellung muss umgesetzt werden	16
Minderheitenrechte: Diskriminierungen abbauen	18
Jugend in Entscheidungsprozesse integrieren	19
Altern in Würde	20
Familienpolitik	21
Migrationspolitik im Gleichgewicht der Interessen	22
Flüchtlingspolitik: Das Recht auf Asyl kennt keine Ausnahmen	23
Demokratie stärken	25
Globalisierung politisch gestalten	27

Redaktionskommission:
Reto Barblan, Parteivorstandsmitglied VD; Hansueli Baumgartner, Parteivorstandsmitglied SG (Präsident SP St. Gallen); Urs Hänsenberger, wissenschaftlicher Mitarbeiter SP-Fraktion der Bundesversammlung; Petra Maurer, Mitarbeiterin Zentralsekretariat SP Schweiz (Sekretariat); Jean-François Steiert, Generalsekretär; Bettina Volland, Kantonalsekretärin ZH; Christoph Zimmer, Juso Schweiz.

Einzelexemplare dieser Broschüre sind gratis. Die Sektionen können grössere Auflagen dieser Broschüre für ihre Mitglieder zum Selbstkostenpreis von Fr. 1.- pro Exemplar bei der SP Schweiz, Postfach, 3001 Bern bestellen (Tel. 031/329 69 69; Fax 031/329 69 70; E-Mail lgunzinger@sp-ps.ch).

Herausgegeben vom Zentralsekretariat der SP Schweiz, Postfach, 3001 Bern. Verantwortlich für die Schlussredaktion: Jean-François Steiert

Vorwort

Die eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober könnten die Schweiz politisch stärker bewegen, als alle Wahlgänge der vergangenen Jahrzehnte: Der Mehrheit der SchweizerInnen, die in einer offenen und sozialen Schweiz leben möchten, droht nicht nur ein Vorprellen der rechtsnationalen und populistischen Kräfte, sondern auch ein Schrumpfen der politischen Mitte und, damit eingehend, eine von der Blocherschen SVP dominierte Regierung. Das Resultat wäre verheerend: eine isolierte, sozial zweigeteilte Schweiz - eine reiche, rechtsnationalistische Insel inmitten Europas.
Damit es nicht dazu kommt, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein:

? Die SP muss die Wahlen gewinnen. Das reicht aber nicht:
? Gemeinsam mit den konstruktiven Kräften des politischen Zentrums müssen wir in der Schweiz ein Klima schaffen, in dem es nicht mehr möglich ist, (dass) aus einigen Zehntausend Flüchtenden in der öffentlichen Wahrnehmung das einzig relevante Thema des ausgehenden Jahrhunderts zu machen.

Es braucht im Parlament wie in der Regierung eine Mehrheit, die eintritt für

? den EU-Beitritt;
? eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und die entsprechende Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen
? ein Sozialversicherungsnetz, das den Grundbedürfnissen aller entspricht;
? eine Gesellschaft, wo Frauen nicht länger im Erwerbsleben, in der Sozialversicherung, in der Politik und in vielen anderen Bereichen benachteiligt werden;
? ein modernes, auf zukünftige Bedürfnisse ausgerichtetes Bildungswesen;
? ein Gesundheitswesen, dessen Kosten besser kontrolliert und gerechter verteilt sind;
? eine Politik, die auch in allen anderen Bereichen dem Ideal einer sozialen und weltoffenen Schweiz entgegenkommt.

Die vorliegende Wahlplattform zeigt, wie wir unseren politischen Zielen in den nächsten vier Jahren näher kommen wollen: Im Parlament, mit einer möglichst starken Vertretung – aber auch als politische Bewegung, die Ideale hat, von ihnen lebt und sie umzusetzen versucht.

Ursula Koch, Präsidentin der SP Schweiz

1. Mit nachhaltigem Wachstum Erwerbsarbeit für alle

Arbeitsplatzabbau und Erwerbslosigkeit, sinkende Reallöhne, schlechtere Arbeitsbedingungen und die wachsende Einkommenskluft sind heute für eine Mehrheit der Menschen in unserem Land vordringliche Probleme. Die Schweiz braucht eine massive Verkürzung der Erwerbs-arbeitszeit, einer Neuverteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit sowie eine gerechtere – und damit auch wirtschaftsfreundlichere – Verteilung der Einkommen und Vermögen, auch zwischen Männern und Frauen. Die Schweiz kann und muss sich Erwerbsarbeit für alle bei wiederum steigenden Reallöhnen leisten. Voraussetzung dazu ist eine Wirtschaftspolitik, die die Nachfrage der Haushalte stärkt und auf sozial- und umweltverträgliches und damit nachhaltiges Wachstum setzt.

Die Forderungen der SP:

1. In der Schweiz soll Vollbeschäftigung herrschen. Auf dem Weg dazu wird die Anzahl der registrierten Arbeitslosen bis zum Jahr 2003 ***mit einem verbindlichen Beschäftigungsziel*** mindestens halbiert, ebenso die Anzahl der Stellensuchenden.
2. Der Staat fördert das notwendige Wachstum durch seine eigene ***Investitionstätigkeit***. Er sorgt dafür, dass mehr Investitions- statt Spekulationskapital geschaffen wird. Mit eigenen Investitionen sichert der Staat eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung mit Dienstleistungen in den Bereichen Bahn, Post, Finanzen und Telekommunikation. Innovationen sind bis zu ihrer Marktfähigkeit zu fördern.
3. Zusätzliche ***Erwerbsarbeit muss dauerhaft sein***: Der kommende wirtschaftliche Aufschwung muss deshalb nachhaltig gestaltet werden. Eine zentrale Rolle spielt die ökologische Steuerreform.
4. Die wirtschaftliche Stellung der Arbeitnehmenden muss mit ***höheren Reallöhnen und Gewinnbeteiligungen und entsprechender Mitbeteiligung*** gestärkt werden. Das gilt schwergewichtig für die unteren und mittleren Einkommen und trägt dazu bei, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen, die Binnennachfrage zu erhöhen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Um dies zu erreichen, fordert die Sozialdemokratische Partei die Einführung eines gesetzlich festgelegten Mindestlohnes von Fr. 3'000.- monatlich.
5. Der wirtschaftliche Aufschwung allein garantiert noch keine zusätzliche Erwerbsarbeit, er ist aber eine unabdingbare Voraussetzung dazu. Die hierfür notwendige Steigerung der Nachfrage kann nur mit einem effizienteren ***Schutz gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen*** erreicht werden Dazu gehören folgende Massnahmen:
   - Mindestlöhne und weitere griffige Massnahmen gegen Lohndumping,
   - zu öffentlichen Submissionen werden nur Firmen zugelassen, die orts- und berufsübliche Löhne zahlen,
   - die Lohngleichheit für Frauen muss durchgesetzt werden,
   - die Teilzeitarbeit darf bei den Sozialversicherungen nicht länger diskriminiert werden.
6. Die Schweiz braucht nicht nur mehr ausreichend bezahlte Erwerbsarbeit, die vorhandene ***Erwerbsarbeit muss auch gerechter aufgeteilt werden***. Die Bundesverwaltung und dem Bund gehörenden Betriebe haben mit dem guten Beispiel voranzugehen. Gleichzeitig müssen entsprechende Bestrebungen im privaten Industrie- und Dienstleistungsbereich gefördert werden.
7. Ergreift der Bund Massnahmen zur Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen, achtet er auf eine angemessene regionale Verteilung. Er bevorzugt Bergregionen

und Gebiete mit besonderen wirtschaftlichen Problemen werden bevorzugt behandelt.

8. Das schweizerische Kartellrecht wird verschärft und an dasjenige der EU angepasst. Die Schweiz braucht endlich ein Kartellverbot. Es müssen künftig Bussen auch für Rechtsverletzungen in der Vergangenheit ausgesprochen werden können, beispielsweise in Fällen wie dem Preiskartell, an dem sich der Roche-Konzern nachweislich beteiligt hat.
9. Die Schwarzarbeit wird mit ökonomischen Anreizen und unbürokratischen Kontrollmechanismen bekämpft.
10. Der Bund übernimmt eine Leit- und Impulsfunktion bei der Verbesserung der Qualifikation aller Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Eine besondere Rolle kommt einem quantitativ ausreichenden und qualitativ hochstehenden Lehrstellenangebot zu, wie es in der Lehrstelleninitiative von SP und Gewerkschaften gefordert wird.

2. Der ökologische Umbau ist eine Chance für die Umwelt und den Werkplatz Schweiz: Nutzen wir sie!

Die wachsenden sozialen Probleme und die hohe Erwerbslosigkeit haben zusammen mit dem Sozialabbau Umweltanliegen eher an den Rand gedrängt. Wer sich an kurzfristigem Renditedenken orientiert, für den gibt es einen Gegensatz zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen. Was wir wollen ist eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und nicht die Menschen im Dienste der Wirtschaft.
Dabei bietet der **ökologische Umbau der Wirtschaft** die Möglichkeit, im Rahmen einer innovativen und wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zu einem schonenden Umgang mit knappen Ressourcen zu leisten. Für die SP ist deshalb klar: Der ökologische Umbau unserer Wirtschaft muss sofort beginnen!

Die Forderungen der SP:

1. Die Schweiz reformiert ihr Steuersystem nach ökologischen Grundsätzen (ökologische Steuerreform). Der Energieverbrauch wird besteuert, das schafft einen Anreiz zur sparsamen und effizienten Nutzung der Energie.
2. Der Energieabgabebeschluss (EAB) - geschaffen unter dem Druck der Solarinitiative - muss konsequent ausgestaltet und durchgesetzt werden. Die Abgaben auf nichterneuerbaren Energien (Atomstrom, fossile Brenn- und Treibstoffe) bringen jährlich 800 Millionen Franken, diese werden eingesetzt als Investitionsbonus für erneuerbare Energien, für rationelle und intelligente Energienutzung und für die Erneuerung der Wasserkraft. Damit erreichen wir
   - ? die Schaffung von 30 000 Arbeitsplätzen,
   - ? die flächendeckende Ausbreitung zukunftsfähiger Technologien (Technologieeffekt),
   - ? die Erschliessung neuer Berufsfelder (Qualifikationseffekt),
   - ? die effizientere Nutzung von Energie (Nachhaltigkeitseffekt)

   Für die SP ist die Durchsetzung des EAB eine Voraussetzung für die Zustimmung zur Strommarktliberalisierung.
3. Die Schweiz steigt so schnell wie möglich aus der Atomkraft aus und treibt den Ersatz durch erneuerbare Energien und rationelle Energieverwendung (z.B. systematische Förderung des Minergiestandards) voran. Zur Finanzierung dieser Massnahmen braucht es den Energieabgabebeschluss. Der Verbrauch an nicht erneuerbaren Energieträgern wird langfristig halbiert. Eine neue Verfassungsbestimmung eröffnet den Einstieg in eine ökologische Steuerreform.
4. Die Schweiz führt eine nachhaltige Verkehrspolitik . Dazu braucht es folgende Massnahmen:
   - ? die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, besonders des Regionalverkehrs, durch Treibstoffzollerträge (Anpassung der entsprechenden Zweckbindung),
   - ? ein Innovationsprogramm der Bahn und günstige Angebote im Schienenverkehr, um den Umweg-Schwerverkehr auf die Schiene zu bringen,
   - ? die Senkung des Energieverbrauchs und der Emissionen im Privatverkehr.
5. Die Schweiz braucht eine landesweite Koordination zur Vermeidung unnötiger Elektrosmog-Quellen (z.B. Mobilfunk-Antennen). Die Beweislast der Ungefährlichkeit muss dabei den BetreiberInnen obliegen.

3. Finanz- und Steuerpolitik im Dienst der Vollbeschäftigung und der Gerechtigkeit

In den 90er Jahren haben die Bürgerlichen unter dem Vorwand der Globalisierung und der Rezession mit wachsender Aggressivität begonnen, grundlegende Staatsaufgaben und Umverteilungsfunktionen in Frage zu stellen. Immer unverfrorener verteidigen sie die Steuerprivilegien der Reichen und fordern sogar neue. Die SP dagegen legt Wert auf einen funktionierenden Staat, der die soziale Sicherheit und den Service public weiterhin voll gewährleistet und der sich möglichst gerecht finanziert. Ohne in die bürgerliche Sparhysterie zu verfallen, setzt sie sich deshalb auch ein für die Sanierung der Bundesfinanzen und für eine Begrenzung der Verschuldungsquote. Solche Anstrengungen müssen ausgaben- und einnahmenseitig erfolgen und dürfen die Konjunktur nicht bremsen, weil eine wachsende Wirtschaft das beste Mittel für gesunde Finanzen ist.

Die Forderungen der SP:

1. Der Bund spart dort, wo es ohne grosse Probleme möglich und wo es auch sinnvoll ist: bei den produktgebundenen Subventionen und den Marktstützungen für die konventionelle Landwirtschaft, beim Strassenbau, beim Zivilschutz und natürlich bei der Landesvertei-digung. Allein die von der SP geforderte Halbierung der Landesverteidigungsausgaben bringt rund 1.8 Milliarden Franken Minderausgaben, wovon rund 600 Millionen direkt als Sparpotential verwendet werden sollen.
2. Statt noch mehr Steuergeschenke für die Reichsten in unserem Land braucht die Schweiz endlich griffige Massnahmen gegen Steuerschlupflöcher. Vorrang hat für die SP die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer für Private, die Eliminierung der verschiedenen Steuerprivilegien für grosse Einkommen und Vermögen im Bereich der freiwilligen sozialen Vorsorge sowie die Abschaffung von Schuldzinsabzug und Eigenmietwert.
3. Auch bei der Finanzierung des Gesundheitswesens müssen Leute mit hohen Einkommen stärker zur Kasse geben werden. Wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird (Anpassung an Europa), so müssen die zusätzlichen Mittel zur Finanzierung der Sozialwerke verwendet werden, und nicht zur Senkung (oder Abschaffung) der direkten Steuern. Diese bleiben das zentrale Umverteilungsinstrument von den Reicheren zu den Ärmeren.
4. Der Mwst.-Satz wird wie in vielen europäischen Staaten differenziert gestaltet. Luxusgüter sollen mit einem erhöhten Sondersatz belastet, Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs hingegen entlastet werden.
5. Die Nationalbank unterstützt mit ihrer Geld- und Währungspolitik schwergewichtig die Beschäftigungs- und Wachstumspolitik und achtet langfristig auf die Geldwertstabilität. In diesem Sinne orientiert sie sich am volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen. Sie sorgt insbesondere für tiefere Realzinsen. Sie erhöht aufgrund einer besseren Bewirtschaftung ihrer Vermögenswerte die Gewinnablieferungen an Bund und Kantone.
6. Eine Steuerharmonisierung verkleinert die Unterschiede in der Steuerbelastung zwischen den Kantonen! Die Vorschläge für einen neuen Finanzausgleich (NFA) können eine materielle Steuerharmonisierung nicht ersetzen, auch wenn der vorgeschlagene Ressourcen- und Lastenausgleich begrüssenswerte Verbesserungen bringen würden. Die Ausgleichs-wirkung bleibt aber zu schwach.
7. Zur Förderung der erneuerbaren Energien und zur Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen sind Abgaben auf nicht-erneuerbaren Energieträgern zu erheben.

4. Service public: hohe Qualität für alle statt noch mehr Privatisierungen

In einem demokratischen Staat müssen grundlegende Dienstleistungen flächendeckend und günstig angeboten werden, damit sie allen zugänglich sind. Dazu braucht es eine gute staatliche Infrastruktur mit vorbildlichen Arbeitsbedingungen und motiviertem Personal. Zu diesen Dienstleistungen gehören neben Bildung und Ausbildung Bahn, Post, Telekommunikation, Elektrizität und auch die Medien. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass durch die Privatisierungen neue Probleme geschaffen werden und an die Stelle des staatlichen Monopols private treten, nun aber ausserhalb der öffentlichen Kontrolle. Liberalisierung heisst in vielen Fällen Zentralisierung und Stellenabbau. Besonders hart trifft das die Randregionen. Die neu gewonnene unternehmerische Freiheit darf nicht dazu führen, dass die Betriebe ihre Verantwortung als Arbeitgeber vernachlässigen!
Produktivitätssteigerungen in den vom Bund kontrollierten Betrieben sind grundsätzlich in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Angestellten weiterzugeben, um einen weiteren Stellenabbau zu verhindern. Gleichzeitig braucht es neue Arbeitszeitmodelle, welche mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden müssen.

Die Forderungen der SP:

1. **Post:** Der Bund darf die Post nicht verhökern. Damit sie sich gegen die private Konkurrenz behaupten kann, behält sie in Zukunft das Monopol für Briefe und leichte Pakete. Beim dichten Poststellennetz darf es keinen Kahlschlag geben. Es darf nicht das Ziel der Post sein, durch rücksichtslosen Personalabbau den Gewinn de Post zu steigern. Die Post muss hingegen noch attraktiver werden, z.B. mit neuen Finanzdienstleistungen.
2. **Telekommunikation / Swisscom**: Die Swisscom muss mehrheitlich in der Hand des Bundes bleiben. Ihre neue unternehmerische Freiheit gibt ihr die Möglichkeit, ihre starke Marktstellung zu behaupten und auszubauen. Bei der weiteren Entwicklung sind folgende Punkte besonders zu beachten:
   - Auch die Randregionen profitieren von den Angeboten, die über die Grundversorgung hinausgehen;
   - alle Unternehmen, die in diesem Sektor tätig sind, sorgen für eine regionale Verteilung der Arbeitsplätze und für ausreichend viel Lehrstellen;
   - Der Bund sorgt für wirkungsvolle Massnahmen für die Transparenz von Preisen und Dienstleistungsangeboten.
3. **SBB / Bahnen**: Mehr Personen und Güter auf die Schiene! Keine leichte Aufgabe für die Bahn. Sie muss produktiver und innovativer werden im Wettbewerb mit der Strasse, um ihren Marktanteil zu halten. Dabei müssen auch falsche Weichenstellungen vermieden werden: Die Eisenbahn - Grossprojekte (z.B. die Neat) dürfen nicht auf Kosten des Regionalverkehrs verwirklicht werden, das Streben nach finanziellem Erfolg darf die verkehrspolitischen Ziele nicht in den Hintergrund drängen, die Dienstleistungsqualität muss auch in den Regionen erhalten werden.
   Die bilateralen Verträge mit der EU zum Landverkehr bringen die schrittweise Zulassung der 40-Tönner und damit eine Produktivitätssteigerung der Strasse. Damit die in der Verfassung verlangte Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Bahn erreicht werden kann, braucht es die von der SP geforderten flankierenden Massnahmen.
4. **Elektrizitätsmarkt:** Die SP Schweiz stört sich grundsätzlich am Prinzip der Liberalisierung des Strommarktes. Wenn der Strommarkt schon liberalisiert werden muss, dann sicher schrittweise und sicher nicht mit einer höheren Kadenz als unsere europäische Nachbarn. Insbesondere sollten die Interessen der

Angestellten und der Umwelt gewahrt werden. Zumindest aber muss die Ausgestaltung des Elekrizitätsmarktes folgende Bedingungen erfüllen:

- gleichwertige Bedingungen im ganzen Land;
- staatliches Monopol auf wichtigen Infrastrukturelementen zur Sicherung der Versorgung und Aufrechterhaltung des Service public;
- Grundversorgung für die KonsumentInnen ohne freien Marktzugang;
- Verstärkung der Wettbewerbskontrolle;

5. **Öffentliche Medien:** Die Stellung der SRG darf nicht geschwächt werden, z.B. durch die Verteilung von Gebühren auch an private Anbieter, denn nur sie erfüllt mit vergleichsweise hoher - und weiter zu pflegender - Qualität einen Leistungsauftrag. Als Gegenleistung sorgt sie für die Steigerung der Qualität ihrer Sendungen und weitet ihr Angebot im Informationsbereich aus. Sie fördert im Sinne ihres Leistungsauftrags die Vielfalt von Kulturen, Sprachen und Meinungen in unserem Land.
6. **Neues Bundespersonalgesetz**: Reform darf hier nicht Deregulierung des öffentlichen Arbeitsmarktes heissen! Trotz Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen müssen die öffentlich-rechtlichen Anstellungsbedingungen vorbildlich und zukunftsgerichtet bleiben. Sie garantieren:
   - Beschäftigungssicherheit;
   - Verbot von Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen;
   - einheitliche Grundsätze für Arbeitszeit, Ruhetag, Ferien und Urlaub;
   - Verzicht auf Regionallöhne;
   - Höchst- und Mindestlöhne für alle Tätigkeitsbereiche.
   - In Betrieben des Bundes dürfen sowohl der Druck auf die Löhne von MitarbeiterInnen (besonders von jungen) wie die übertriebenen Spitzengehälter für Manager nicht akzeptiert werden.

   Abweichungen von diesen einheitlichen Grundsätzen dürfen in Ausnahmefällen nur erlaubt sein, wo öffentlich-rechtliche Gesamtarbeitsverträge zwischen den Sozialpartnern vereinbart werden.

5. Bildung ist Zukunft – Die Schweiz muss in die Zukunft investieren!

Die Bedeutung von Wissenschaft und Bildung für Wirtschaft und Gesellschaft wächst rasant. Wissenschaft und Forschung internationalisieren sich. Der demokratische und freie Zugang zum Bildungswesen ist Voraussetzung für die Verwirklichung der Chancengleichheit. Bildung, Weiter- und Fortbildung entscheiden gerade in der Informationsgesellschaft massgeblich über die Lebens- und Berufsperspektiven jeder und jedes Einzelnen sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Obwohl auch die meisten Bürgerlichen von „Investitionen in die Zukunft" sprechen, sind sie heute nicht bereit, mehr Mittel bereitzustellen. Damit verliert die Schweiz – zwar auf hohem Niveau – entscheidend an Dynamik, dies auch gegenüber anderen Industrieländern, welche seit einigen Jahren massiv mehr investieren. Dies kann zu Entwicklungsproblemen im Bereich der Zukunftstechnologien und für das Angebot an entsprechenden Berufsfeldern führen.

Die Forderungen der SP:

1. Die öffentliche Hand stellt mehr finanzielle Mittel für Bildung und Wissenschaft für die laufenden und anstehenden Reformen (Berufsbildung, Weiterbildung, Fachhochschulen, Hochschulen) bereit, damit diese Reformen auch gelingen. Dazu gehört auch die Förderung der Bildungsforschung.
2. Die Rolle des Bundes in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss neu definiert und sein ordnender Einfluss verstärkt werden. Dazu sind die notwendigen Verfassungsgrundlagen zu schaffen (Bildungsartikel).
3. Es braucht spezielle Förderangebote für Mädchen und Frauen, die den Zugang zu den „Männerdomänen" auf allen Stufen des Bildungs- und Berufswesens verbreitern.
4. Gesamtschweizerisch soll ein Frühsprachenunterricht mit Wahlmöglichkeiten eingeführt werden.
5. Die Informationsgesellschaft und die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stellen einerseits neue Anforderungen an Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, andererseits stellen sie selbst neue Instrumente für die Vermittlung von Bildung zur Verfügung. Bund und Kantone müssen – koordiniert – rasch umfassende Programme („Lernen in der Informationsgesellschaft") lancieren, die unter anderem a) die neuen Qualifikationen vermitteln; b) das Lehrpersonal ausbilden; c) die optimale pädagogisch-didaktische Umsetzung anstreben und d) die nötigen Infrastrukturen bereitstellen.
6. Zur Förderung eines ausreichenden Angebots an Lehrstellen, gerade auch für die Berufe der Zukunft, und zur Verhinderung des Trittbrettfahrens, beteiligen sich alle Arbeitgeber finanziell an einem Berufsbildungsfonds, wie ihn die von der SP unterstützte Lehrstellen-initiative fordert.
7. Die Berufsmaturität wird attraktiver. Dazu braucht es bessere Rahmenbedingungen wie mehr Ferien, genug Zeit für die Schule oder berufsbegleitende Lehrgänge für Erwachsene.
8. Angebote für die Nachholbildung und die Weiterbildung erhalten mehr Gewicht. Es braucht eine eigentliche Weiterbildungsoffensive.
9. Es müssen spezielle Integrationsangebote für schulisch Schwache, Behinderte und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, insbesondere für Jugendliche, geschaffen werden.
10. Fachhochschulen bzw. Fachschullehrgänge dürfen im Zuge der laufenden Fachhochschulreform nur anerkannt werden, wenn kein Etikettenschwindel betrieben wird. Die Fachhochschulen in kantonaler Kompetenz (z.B. Sozialarbeit,

Gesundheitsberufe), in denen gerade die Frauen stark vertreten sind, werden vollwertig in die schweizerische Fachhochschullandschaft integriert.

11. Bund und Kantone müssen ihre Anstrengungen zugunsten der „Hochschule Schweiz“, der Integration von ETH, Universitäten und Fachhochschulen in einem arbeitsteiligen und durchlässigen Netzwerk mit regional verteilten Kompetenzzentren und ohne Diskriminierung der kleinen Hochschulen, wesentlich verstärken.
12. Es besteht ein Nachholbedarf bei der Entwicklung der Zukunftstechnologien. Verstärkt werden muss auch die Risikoforschung und die Technikfolgeabschätzung. Gleichzeitig müssen die „weichen“ Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber den harten aufgewertet werden.
13. Gerade im Wissenschaftsbetrieb, insbesondere auch im Lehrkörper, muss der Anteil der Frauen massiv verstärkt werden. Gefragt ist insbesondere auch eine bessere und gezieltere Nachwuchsförderung.

6. Bilaterale Verträge und EU-Beitritt mit internen Reformen

Die SP will mit der Schweiz möglichst rasch in die EU. Dies ist der einzig mögliche logische Schritt, um mit vollem Stimmrecht bei den auch für die Schweiz relevanten Entscheidungen dabei zu sein, eine politische Antwort auf die ökonomische Globalisierung zu geben und vollwertiger Akteur beim Aufbau der sicherheits- und friedenspolitischen Architektur Europas zu werden. Vor der Tür stehen heute die Bilateralen Verträge, die die Europafähigkeit der Schweiz und die Ausgangslage vor allem der Wirtschaft verbessern würden. Wie bei einem EU-Beitritt will die SP die gegebenen innenpolitischen Spielräume nutzen, um die Integrationsschritte - dort wo dies überhaupt nötig ist - sozial- und umweltverträglich auszugestalten. Flankierende Massnahmen in den Bereichen Landverkehr und Personenfreizügigkeit sind deshalb zwingende Voraussetzung für die Zustimmung zu den Verträgen.

1. Die SP würde das Zustandekommen der Bilateralen Verträge begrüssen, weil damit einige drängende Probleme gelöst werden könnten.
2. Die SP knüpft ihre Zustimmung zu den Bilateralen Verträgen an drei eurokompatible Bedingungen bzw. Begleitmassnahmen:
   - Personenfreizügigkeit: Im Gegensatz zu einem Teil der Bürgerlichen und Arbeitgeber, die die Personenfreizügigkeit für eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen missbrauchen wollen, verlangt die SP zusammen mit den Gewerkschaften drei griffige Hauptmassnahmen: a) die erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, b) die Möglichkeit, in den Kantonen Mindestlöhne festzulegen und c) ein Entsendegesetz, das für entsandte ausländische Arbeitskräfte die in der Schweiz geltenden Arbeitsbedingungen vorschreibt.
   - Landverkehr: Zur Umlagerung des Strassenschwerverkehrs auf die Schiene braucht es verbindliche, jährlich zu überprüfende Verlagerungsziele. Die finanziellen Mittel zur Subventionierung der Schienengütertransporte müssen gezielt eingesetzt und an die Bedingungen zusätzlicher Transportleistungen der Bahnen geknüpft werden. Weiter braucht es eine effizientere Kontrolle der Gewichts-, Tempo- und Arbeitszeitbestimmungen im Strassengüterverkehr. 40-Tonnen-Kontingente für Schweizer Transporteure müssen an Bahntransporte geknüpft werden.
   - Verknüpfung: Die Verträge müssen rechtlich oder politisch zwingend mit den Begleitmassnahmen verknüpft werden.
3. Da auch die Bilateralen Verträge an der grundsätzlichen aussenpolitischen Isolation der Schweiz nichts ändern, müssen sofort nach Abschluss des entsprechenden politischen Prozesses unverzüglich Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen werden. Ein direkter Beitritt ist anzustreben, falls die Begleitmassnahmen zu den Bilateralen Verträgen nicht genügen.
4. In diesem Sinne unterstützt die SP die Volksinitiative „Ja zu Europa“.
5. Ist die Schweiz Mitglied der EU, wird sich die SP dort für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa einsetzen.

7. Sozialer Zusammenhalt setzt starke Sozialversicherungen voraus

Sinkende Reallöhne, eine zunehmende Zahl von Erwerbslosen und eine erschreckend hohe Armutsquote haben in den 90er Jahren deutlich gemacht, dass im Sozialversicherungsnetz noch immer gravierende Lücken vorhanden sind. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet und ein untolerierbares Ausmass angenommen. Die Schweiz braucht deshalb einen vernünftigen Ausbau der Sozialwerke.
Für die finanzielle Sicherung der Sozialwerke und insbesondere der AHV trotz der demographischen Entwicklung braucht es als erstes wieder mehr Erwerbstätige und höhere Reallöhne. Ergänzend müssen neue Finanzierungsquellen erschlossen werden: z.B. zusätzliche Mehrwertsteuerprozente, eine eidgenössische Erbschaftssteuer oder die Kapitalgewinnsteuer.

Die Forderungen der SP

1. Wir brauchen flexible Lösungen für das Rentenalter von Frauen und Männern. Das Rentenalter muss den Menschen und der Arbeitswirklichkeit angepasst werden. Im Rahmen der 11. AHV-Revision muss eine sozial verträgliche Lösung gefunden werden, die es allen ArbeitnehmerInnen finanziell ermöglicht, ab 60 Jahren in den Ruhestand zu treten.
2. In der Krankenversicherung werden die unsozialen Kopfprämien durch eine Finanzierungsform ersetzt, die auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Versicherten abgestimmt ist.
3. Kürzungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung sind für die SP kein Thema. Die (Re-)Integration aller Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt ist eine vordringliche Aufgabe. Für ältere Erwerbslose muss zudem ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen geprüft werden.
4. Teilzeitarbeit und flexible Arbeitsverhältnisse werden besser abgesichert.Bei der Unfallver-sicherung und den Pensionskassen bestehen noch gravierende Versicherungslücken, die besonders Frauen benachteiligen. In der 2. Säule muss der koordinierte Lohn herabgesetzt werden, damit auch kleine und mittlere Einkommen gut versichert sind. Bei der Rentenberechnung ist den Arbeits- und Lebensmustern von Frauen Rechnung zu tragen, damit auch sie den Zeitpunkt ihres Rücktrittes aus dem Erwerbsleben frei wählen können.
5. Die wirtschaftliche Situation der Familien lässt sich mit einem Umbau des bestehenden, unsozialen Systems von Kinderzulagen und Steuerabzügen deutlich verbessern. Die SP schlägt eine existenzsichernde Kinderrente und eine Ergänzungsleistung für Eltern vor.
6. Der Bund sorgt für einen Lastenausgleich bei den Kosten der Gemeinden und der Kantone für ausgesteuerte Erwerbslose. Mit der Reduktion der Militärausgaben, wie sie die Volksinitiative "Sparen bei Armee und Gesamtverteidigung" verlangt, werden jährlich 1,8 Milliarden Franken freigesetzt, die zu einem Drittel für die soziale Sicherheit eingesetzt werden sollen.

8. Gesundheit muss für alle bezahlbar sein

Das Schweizer Gesundheitssystem krankt zur Zeit an zwei Übeln:

? Das europaweit einzigartige Kopfprämiensystem, dank dem Christoph Blocher für die Grundversicherung im Verhältnis zu seinem Einkommen rund 4000 mal weniger Prämien bezahlt als eine Familie mit 50'000 Fr. Einkommen.

? Aus gesundheitlicher Notwendigkeit nicht zu rechtfertigende Mengenerweiterungen, die beispielsweise im Bereich der ambulanten Medizin zu starken Kostenerhöhungen führen.

Die Schweiz steht gesundheitspolitisch vor einer Weichenstellung: Wir haben die Wahl zwischen einer freisinnigen Zweiklassenmedizin nach dem Muster der Vereinigten Staaten und einem Modell, das sozial (und damit auch eurokompatibel) finanziert wird und Sparpotentiale ausnutzt, um allen Versicherten ein umfassendes Angebot an Grundleistungen zu garantieren. Für die SP ist klar: Die Schweiz kann und muss sich ein qualitativ hochstehendes Gesundheits-system leisten, das finanziell für alle zugänglich bleibt.

Die Forderungen der SP:

1. Die unsozialen Kopfprämien müssen abgeschafft werden. Die Krankenkassen müssen, wie in unserer Initiative "Gesundheit muss bezahlbar bleiben" vorgesehen, zur Hälfte mit einem Zusatz zur Mehrwertsteuer, zur Hälfte mit einkommens- und vermögensabhängigen Prämien finanziert werden. Somit würden über 80 Prozent der Versicherten finanziell entlastet.
   Bis zur Abschaffung der unsozialen Kopfprämien braucht es für kleine und mittlere Einkommen und vor allem für Familien ein wirkungsvolleres Prämienverbilligungssystem, das die finanzielle Last reduziert. Das bedeutet: die Kantone müssen die Bundessubventionen ausschöpfen, die Prämienverbilligung muss automatisch geschehen, alle bürokratischen Hürden müssen verschwinden.
2. Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen soll kontrolliert werden: die Kosten nehmen heute nicht mehr in Spitälern, sondern im ambulanten Teil der Versorgung zu. Die Kantone sollen deswegen die Kompetenz bekommen, in diesem Sektor Globalbudgets einzuführen, damit auf der einen Seite die Kosten kontrolliert werden können, anderseits die PatientInnen weiterhin die benötigten Leistungen (auch im Bereich der Alternativmedizin) erhalten.
3. Eine strenge Qualitätskontrolle im Gesundheitswesen soll die unnötigen Leistungen (man schätzt bis ¼ aller Leistungen) abschaffen. Dank dieser Rationalisierung des Systems wird jeder Rationierungsdiskurs hinfällig werden.
4. Der Bund soll endlich die Kompetenz bekommen, die Spitzenmedizin so zu planen, dass teure Doppelspurigkeiten vermieden werden.
5. Die neuen Ärztetarife, die vor allem die Familienärzte und die Mediziner begünstigen, die sich Zeit für ihre Patienten nehmen, sollen so bald wie möglich in Kraft gesetzt werden. Damit werden auch die Einkünfte der Chefärzte und der Spezialärzte begrenzt.
6. Die Medikamentenpreise sollen nicht höher als in den benachbarten Ländern sein.
7. Ein kostengünstigeres und trotzdem qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem setzt einen Ausbau sowie eine bessere Koordinierung im Bereich der Prävention voraus.
8. Die Finanzierung der Pflegeheime soll endlich geregelt werden: Krankenkassen und Kantonen sollen sich nicht mehr um deren Finanzierung gegenseitig drücken können, so dass häufig ältere Leute Opfer dieses Kampfes werden. Auch hier verlangen wir eine klare Regelung.
9. Die Spitex-Leistungen sind auszubauen, damit die Aufhebung von Akutbetten möglich wird und damit so viele Leute wie möglich zu Hause behandelt werden

können. Wie bei der Finanzierung der öffentlichen Spitäler müssen die Kantone zukünftig auch bei Leistungen nicht-profitorientierter Spitex-Organisationen die Hälfte der Kosten übernehmen.

9. Gleichstellung muss umgesetzt werden

Trotz der rechtlichen Gleichstellung und der Gesetzgebung zur Förderung der Gleichstellung leiden zahlreiche Frauen nach wie vor unter direkten und indirekten Diskriminierungen in vielen Lebensbereichen. In der Arbeitswelt sind Frauen die ersten Restrukturierungsopfer, erhalten für gleichwertige Arbeit tiefere Löhne, besetzen durchschnittlich weniger gut qualifizierte und schlechter bezahlte Stellen und kumulieren Familienpflichten und berufliche Tätigkeit. Das Bildungswesen festigt Ungleichheiten. In Politik und Verwaltung bleiben die Frauen massiv untervertreten. Umgekehrt wird die gesellschaftlich notwendige Betreuungs- und Erziehungsarbeit im Bereich der Familie, die im wesentlichen von Frauen geleistet wird, gesellschaftlich und ökonomisch nach wie vor als zweitrangig eingestuft.
Um die Gleichstellung in die Praxis umzusetzen, braucht es veränderte soziale, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen.

Die Forderungen der SP:

1. Damit die Bildung zur Stütze der Gleichstellung wird, braucht es:
   - Eine tiefgreifende Reform des Bildungssystems, das der Förderung der Gleichstellung dienen soll.
   - Aktive Massnahmen für einen besseren Zugang der Frauen zu technischen und ganz allgemein „männlichen“ Berufen, v.a. in zukunftsträchtigen Branchen wie EDV, Telematik, Medizinaltechnik, Verwaltung und Recht etc.
   - Konkrete Frauenförderungsmassnahmen und insbesondere die Einführung von Quoten in der Forschung und in den akademischen Laufbahnen.
   - Eine Fort- und Weiterbildungspolitik, die den spezifischen Bedürfnissen der Frauen Rechnung trägt.
2. Für die Umverteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit braucht es:
   - Die strikte Umsetzung des neuen Gleichstellungsgesetzes, namentlich mit der Stärkung der Gleichstellungsbüros in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung.
   - Spezifische politische Massnahmen zur Integration und Wiedereingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt.
   - Eine bedeutende Reduzierung der Arbeitszeit sowie eine gerechte Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit.
   - Die Berücksichtigung spezifisch weiblicher Qualifikationen bei der Lohnberechnung.
3. Für eine bessere Verteilung der Verantwortung in Politik und Verwaltung braucht es:
   - Konkrete Massnahmen, z.B. die Einführung von Quoten (Quoteninitiative), eine gerechte Vertretung der Frauen auf allen politischen Ebenen.
   - Die Förderung des Zugangs von Frauen zu Kaderstellen in der öffentlichen Verwaltung.
   - Spezifische Arbeitsbedingungen, z.B. angepasste Arbeitszeiten, um die Verbindung beruflicher Tätigkeiten mit Familienpflichten und politischen Aktivitäten zu erleichtern.
4. Damit Pflichten und Verantwortlichkeiten in der Familie gerechter verteilt werden, braucht es:
   - Steuerliche und finanzielle Massnahmen zugunsten der Familien, wie sie im Familienpolitischen Kapitel dieser Plattform aufgeführt sind.
   - Konkrete Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Erziehungs- und Betreuungsaufgaben mit der beruflichen Tätigkeit, wie die Einführung eines Elternurlaubes, die Einführung familiengerechter Schulzeiten, der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder, usw.

5. Um der Gewalt gegen Frauen vorzubeugen, braucht es:
   - eine Förderung der Rechte von Frauen, die sich von ihrem gewalttätigen Ehemann trennen (u.a. die Einführung eines Bleiberechtes) für die Opfer von Gewalt in der Ehe;
   - eine Regelung des „Handels“ mit Frauen und Nachtklub-Tänzerinnen;
   - eine bessere Durchsetzung der Bestimmungen, die die Begehung sexueller Delikte gegenüber Minderjährigen im Ausland unter Strafe stellen.

10. Gleiche Rechte: Diskriminierungen abbauen

Die neue Bundesverfassung verbietet die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Herkunft, Rasse, Geschlecht, Alter, Sprache, sozialer Stellung, Lebensform, religiöser, weltanschaulicher oder politischer Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. Dieser weitreichende verfassungsrechtliche Schutz muss durch gesetzgeberische Massnahmen umgesetzt werden. Die SP verstärkt ihren Kampf für Integration und Gleichberechtigung von Bevölkerungsgruppen, die benachteiligt und diskriminiert werden oder deren Ansprüche erst auf dem Papier verwirklicht sind: Frauen, AusländerInnen, Erwerbslose, Jugendliche (...). Konkrete Forderungen finden sich in dieser Wahlplattform in den entsprechenden Kapiteln Besonders hervorzuheben sind zudem Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten, wie sie im neuen Verfassungsartikel verlangt werden. Dieser muss ausserdem auch im Hinblick auf die Rechte von Schwulen und Lesben konkretisiert werden.

Die Forderungen der SP

1. Menschen mit Behinderungen brauchen den Schutz und die Solidarität der gesamten Gesellschaft. Das Gesetz zur Umsetzung des Verfassungsartikels fördert ihre Integration und Selbstbestimmung und öffnet ihnen den Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe. Bauliche Hindernisse werden so weit wie möglich beseitigt, die Benützung öffentlicher Einrichtungen wird gewährleistet. Die berufliche Eingliederung von Behinderten wird durch Wiedereingliederungsmassnahmen gefördert, diesem Ziel dient auch eine bessere Abstufung der Invalidenrenten. Auch die Integration im Bildungsbereich muss massiv verstärkt werden. Die Arbeit der Vereinigungen, die sich um die gesellschaftliche Integration von Behinderten bemühen, wird durch den Staat weiterhin unterstützt.
2. Unsere Gesellschaft zeichnet sich durch eine Vielfalt verschiedener Formen des Zusammenlebens aus: Ehe und Familie, Alleinerziehende, Wohngemeinschaft, Konkubinat, gleichgeschlechtliche Partnerschaft. Ehe und Familie werden vom Staat und seinen Institutionen bevorzugt behandelt, andere Formen des Zusammenlebens leiden unter verschiedenen Benachteiligungen (Erbrecht, Sozialversicherungsrecht, Besuchsrechte, Auskunftspflichten im Gesundheitswesen, Adoption, Zeugnisverweigerungsrecht, Aufenthaltsberechtigung ausländischer PartnerInnen). Die Diskriminierungen in diesem Bereich müssen beseitigt werden.

11. Jugend in Entscheidungsprozesse integrieren

Eine moderne Gesellschaft ist auf die Integration aller Generationen angewiesen. Die Zukunft des Sozialstaates etwa lässt sich nur mit einem Bündnis zwischen den Generationen garantieren, einem Bündnis, dass über die Vertretung der verschiedenen Altersgruppen in der Politik hinausgeht. Die SP Schweiz strebt eine Gesellschaft an, in der Junge und Alte gemeinsam in allen Gesellschaftsbereichen aktiv partizipieren. Der Dialog zwischen den Generationen muss gefördert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Jugendliche von Beginn an in Entscheidungsprozesse integriert werden. Zu oft scheitert heute das vorhandene Engagement der Jugend an fehlenden Möglichkeiten. Ein Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten im Bildungsbereich aber auch bei öffentlichen Angelegenheiten gehört deshalb zu den wichtigsten Mitteln einer sinnvollen Jugendpolitik.

Die Forderungen der SP:

1. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten im Bildungsbereich müssen ausgebaut werden. Die Kompetenzen bestehender Vertretungsgremien müssen ausgebaut und neue geschaffen werden.
2. Junge müssen besser über gesellschaftliche Prozesse informiert und für politische Fragen sensibilisiert werden.
3. Die Jungen müssen wie auch alle anderen Altersgruppen in den Parlamenten aller politischer Ebenen angemessen vertreten sein. Ziel ist nicht eine Altersquote sondern eine Förderung junger Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Unterstützung jugendpolitischer Strukturen.
4. Auch Jugendliche engagieren sich nicht ohne Rechte: Das Stimm- und Wahlrechtsalter muss auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene auf 16 Jahre gesenkt werden.
5. Bestehende Strukturen wie Jugendparlamente müssen unterstützt und ausgebaut werden.
6. Jugendorganisationen und jugendspezifische Projekte in allen Gesellschaftsbereichen müssen vermehrt unterstützt und gefördert werden.

12. Altern in Würde

Ältere Menschen sind heute im bürgerlichen Diskurs oft nur noch Ursachen von Problemen, Lasten für jüngere Generationen und eine Gefahr für das Gleichgewicht der Sozialver-sicherungen. Das ist nicht so und das darf nicht so sein. Mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen tragen die Seniorinnen und Senioren viel zum menschlichen Reichtum unserer Gesellschaft bei. Sie übernehmen in Familie und Nachbarschaft, in Vereinen und Gemeinwesen unverzichtbare Aufgaben. Die Schweiz braucht nicht eine Politik für die älteren Menschen, sondern eine Politik mit ihnen.

Die Forderungen der SP:

1. Die finanzielle Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für ein Alter in Würde. Selbständiges Wohnen in anregender Umgebung (keine Altersghettos) und Möglichkeit der Teilnahme an kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten und Anlässen haben auch einen Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Betagten. Rund ein Drittel der RentnerInnen sind bedürftig: Sie brauchen Sozialversicherungen, die ihnen genügend finanzielle Sicherheit geben.
2. Das starre Rentenalter hat ausgedient. Das Rentenalter muss den Menschen und der Arbeitswirklichkeit angepasst werden. Wer 40 Jahre lang Erwerbs- oder Erziehungs- und Betreuungsjahre erfüllt oder ein niedriges Einkommen hat, soll eine ungekürzte AHV-Rente vorbeziehen können. Mit diesem Einbezug nicht bezahlter Arbeit wird insbesondere den typischen Lebensmustern von Frauen Rechnung getragen, die aufgrund von Unterbrüchen in ihrer Erwerbstätigkeit im Alter oft schlechtergestellt sind. An diesem Grundsatz hat sich die 11. AHV-Revision auszurichten. Umgekehrt soll es auf Wunsch auch möglich sein, die AHV-Rente erst später zu beziehen.
3. Die heutigen Tendenzen im Schweizer Gesundheitswesen zeigen in Richtung Zweiklassenmedizin. Gerade für ältere Menschen ist es in diesem Kontext wichtig, dass die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Alten und Jungen, zwischen Männern und Frauen und zwischen Reichen und Armen in Form eines neu geordneten Risikoausgleichs in der obligatorischen Krankenversicherung dauerhaft verankert wird. Damit wird eine bessere und kostengünstigere Gesundheitsversorgung im Alter ermöglicht. Entscheidend für die Lebensqualität im Alter ist zudem der Transfer vom stationären in den ambulanten Bereich und damit die Möglichkeit, möglichst lange im vertrauten Umfeld leben zu können.
4. Die bestehenden Altersgrenzen für die Ausübung politischer Ämter, die heute einen Grossteil der RentnerInnen z.B. aus eidgenössischen Kommissionen ausschliessen, müssen aufgehoben werden.

13. Familienpolitik

Kinder und Jugendliche brauchen Betreuung, Bildung und eine sichere Existenz. Ihnen und den Erwachsenen, die mit ihnen zusammen leben und für sie sorgen, werden in der Schweiz wie kaum in einem europäischen Land Steine in den Weg gelegt. Es herrscht ein Mangel an familienergänzenden Betreuungsplätzen. Die Kinderzulagen variieren von Kanton zu Kanton und werden zudem nur an Erwerbstätige ausgerichtet. Immer mehr Familien haben Mühe, ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das keine Mutterschaftsversicherung kennt.

Die Forderungen der SP:

1. Einen bezahlten Mutterschaftsurlaub von mindestens 14 Wochen nach der Geburt. Der Lohn während dem Mutterschaftsurlaub wird durch die Arbeitgeber finanziert;
2. Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wie familienergänzende Betreuungsplätze, Blockzeiten und Mittagstische an den Schulen;
3. Verbesserte Rahmenbedingungen für allein Erziehende, insbesondere finanzielle Unterstützung und ein flexibles Betreuungsangebot (z.B. auch abends und am Wochenende);
4. Neue Arbeitszeitmodelle in der Wirtschaft und bei der öffentlichen Hand, welche die Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit unterstützen;
5. Ein Steuersystem, das die egalitäre Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit bei Paaren fördert. Im Zentrum steht dabei die Einführung der Individualbesteuerung.
6. Eine existenzsichernde Kinderrente von monatlich mindestens 530 Franken für das erste und 265 Franken für jedes weitere Kind. Die Kinderrente ersetzt das bisherige, ungerechte System von Steuerabzügen und Kinderzulagen. Sie wird mittelfristig auf ein existenz-sicherndes Niveau von 600 Franken für das erste bzw. 300 Franken für die weiteren Kinder angehoben.
7. Einkommensabhängige Ergänzungsleistungen für Eltern, die ihre Erwerbsarbeit wegen Kindern so stark einschränken müssen, dass der Lohn nicht mehr zur Existenzsicherung ausreicht;
8. Eine bessere Berücksichtigung der Situation von ausländischen Familien in der Schweiz, insbesondere verstärkte Integrationsbemühungen, um die Startchancen der Kinder von MigrantInnen zu verbessern;
9. Die Anerkennung der Vielfalt verschiedener Lebensformen und ein Verbot von Diskri-minierungen aufgrund des Zusammenlebens. Insbesondere sollen gleichgeschlechtliche Paare rechtlich gleich gestellt werden.

Damit Familien Unterstützung erhalten für die anspruchsvolle Aufgabe der Kindererziehung, braucht es verlässliche Tagesschulen mit Blockzeiten, Mittagstisch, Freifachangeboten und Aufgabenbetreuung sowie familienergänzende Betreuung (Horte, Krippen, Tageselternvereine etc).

14. Migrationspolitik im Gleichgewicht der Interessen

Die wirtschaftliche Entwicklung hat aus der Schweiz seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein Einwanderungsland gemacht. Sie weist darum einen überdurchschnittlich hohen Anteil an ausländischer Bevölkerung auf. Diese Menschen sind für unser Land entsprechend wichtig, wir sind auf sie angewiesen. Ihre Ausgrenzung und Diskriminierung ist deshalb verhängnisvoll, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus müssen bekämpft werden.
Integration ist keine Einbahnstrasse. Sie verlangt eine gegenseitige Annäherung in allen Lebensbereichen. Dazu gehören der Aufbau von Netzen im öffentlichen und privaten Bereich und der Zugang zu staatlichen Einrichtungen. Zentrale Bedeutung hat die Einbindung in den Arbeitsmarkt. Die Integration der AusländerInnen ist undenkbar ohne Zugang zu politischen Rechten und zur Möglichkeit, unter vernünftigen Bedingungen das Schweizer Bürgerrecht zu erwerben. Bei der Gestaltung der aktuellen Migrationspolitik müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden: die Interessen von AusländerInnen, die bei uns Arbeit suchen, müssen ins Gleichgewicht gebracht werden mit denen der einheimischen ArbeitnehmerInnen an einer tiefen Erwerbslosigkeit und am Schutz gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse. Deshalb stimmt die SP dem freien Personenverkehr im Rahmen der europäischen Integration (Bilaterale Verträge) zu, wenn gleichzeitig flankierende Massnahmen gegen Sozialdumping und Lohndruck beschlossen werden.

Forderungen der SP

1. Der Erlass flankierender Massnahmen im Wirtschafts- und Sozialbereich geschieht gleichzeitig mit der Ratifizierung der Bilateralen Verträge mit der EU, um Sozialdumping und Lohndruck zu verhindern.
2. Über die Zulassung von EinwandererInnen aus Nicht-EU-Staaten wird nicht ausschliesslich aufgrund ihrer beruflichen Fähigkeiten entschieden. Berücksichtigt werden auch soziale Kompetenzen oder Notlagen, damit auch Frauen eine Chance haben. Um den Zulassungskreis zu erweitern, fördert die Schweiz auch Bildungsaustauschprogramme mit StudentInnen und jungen ArbeitnehmerInnen aus Entwicklungsländern.
3. Das Erlernen einer Landessprache ist ein wirksames Mittel zur Integration und wird als solches unterstützt. Von den MigrantInnen wird diese Anstrengung verlangt – auch als Voraussetzung für die Erteilung des kommunalen und kantonalen Stimm- und Wahlrechts für niedergelassene AusländerInnen.
4. Verstösse gegen den Rechtsstaat und schwere Verfehlungen im Sinne des Strafrechts müssen bestraft werden. Das Recht ist auf alle anzuwenden. Die SP Schweiz lehnt Sondergesetze für AusländerInnen ab.
5. Für die Förderung der Integration braucht es vermehrt Schulentwicklungsprojekte mit kleineren Klassen, Teamteaching, Unterstützung für Schüler/innen mit besonderen Bedürfnissen durch Fachleute und Beratung der Lehrkräfte.

15. Flüchtlingspolitik: Das Recht auf Asyl kennt keine Ausnahmen

Die Wahrung und der Schutz der Menschenwürde gehören zu den wichtigsten Grundwerten. Die SP hat sich deshalb seit ihrem Bestehen für internationale Solidarität, für das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein, für die Aufnahme von politisch Verfolgten, von Krieg und Bürgerkriegen bedrohten Menschen und für Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Erstes Ziel muss es allerdings sein, die Entstehung von Fluchtgründen wie bewaffnete Konflikte oder wirtschaftliche Zusammenbrüche zu verhindern. Die Flüchtlingspolitik der Schweiz muss sich an diesen Zielen ausrichten.
Das UNO-Flüchtlingskommissariat hat weltweit 40 Millionen Flüchtlinge gezählt. Die meisten von ihnen befinden sich in unmittelbaren Nachbarländern ihres krisengeplagten Herkunftslandes. Rund 100'000 wurden von der Schweiz aufgenommen, wovon die Hälfte Asylbewerber sind und die Schweiz bald wieder werden verlassen müssen. Insgesamt sind dies nur o,25 % (2,5 Promile) sämtlicher Flüchtlinge. Das zeigt, dass die Schweiz kaum mehr leistet als andere Staaten und im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung nichts anderes tut als ihre internationale Pflicht.

Die Forderungen der SP:

1. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 darf nicht ausgehöhlt werden. Wer an Leib und Leben gefährdet ist, hat Anspruch auf Schutz und muss vorläufige oder definitive Aufnahme finden, unabhängig der Hautfarbe, Herkunft, Religion und Geschlecht.
2. Die Zahl der Flüchtlinge, welche bei uns Asyl beantragen, ergibt sich aus den Konflikten in verschiedenen Gebieten der Welt. Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Asylbereich wird ausgebaut, Lösungen werden international erarbeitet. Die Schweiz verstärkt deshalb ihr Engagement in internationalen Organisationen und hilft mit, Konflikte zu vermeiden.
3. Menschen werden durch bewaffnete Konflikte zu Flüchtlingen. Die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft in es, in solchen Konflikten schneller und wirkungsvoller einzugreifen und sie zu beenden. In Zukunft wird die international koordinierte Hilfe vor Ort immer wichtiger. Mit gezielten Hilfsmassnahmen ist zu verhindern, dass Flüchtlinge ihr Land überhaupt verlassen müssen. Die Schweiz muss sich in dieser Beziehung stärker engagieren.
4. Die EU-Staaten haben das Dubliner-Erstasyl-Abkommen beschlossen, das den Flüchtlingen erlaubt, nur in einem europäischen Land ein Asylgesuch zu stellen. Weil die Schweiz nicht EU-Mitglied ist, können alle in einem EU-Staat abgewiesenen Flüchtlinge bei uns nochmals ein Aufnahmegesuch stellen. Für die SP Schweiz ist auch deshalb der EU-Beitritt dringlich, weil die Schweiz ihre Asylpolitik auf diesem Weg mit den anderen EU-Ländern abstimmen und an der Entstehung einer humanitärer gestalteten europaweiten Flüchtlingspolitik mitarbeiten kann.
5. Das kontraproduktive Arbeitsverbot für Asylsuchende und kollektiv Aufgenommene muss aufgehoben werden. Dieses Verbot soll die Anziehungskraft der Schweiz als Asylland zu vermindern. Gleichzeitig wird aber die Gefahr von asozialem Verhalten, Kleinkriminalität und Flucht in die Schwarzarbeit gefördert.
6. Flüchtlinge, die ihr Land aufgrund von bewaffneten Konflikten in grosser Zahl verlassen müssen und in unserem Lande ein Asylgesuchen stellen, sollen kollektiv aufgenommen, in unserem Lande so gut als möglich betreut und für die kollektive Rückführung vorbereitet werden. Arbeit und Ausbildung sind eine bessere Vorbereitung auf den Wiederaufbau des Ursprungslands als das

tatenlose Abwarten in Kollektivunterkünften.

7. Wo immer möglich sollen kollektiv Aufgenommene privat, z. B. bei Verwandten untergebracht werden. Dies entbindet den Staat jedoch nicht von seinen integrationspolitischen Massnahmen gegenüber diesen Menschen. Wer Flüchtlinge aufnimmt, darf mit dieser Aufgaben nicht allein gelassen werden.
8. Den Rückwanderern soll materielle und immaterielle Hilfe geboten werden. Besonderes Gewicht ist dabei auf den Aufbau von Bildungsstrukturen vor Ort und Ausbildungsmöglichkeiten für Rückkehrende zu legen.
9. Asylsuchende, welche einen definitiven Flüchtlingsstatus erhalten, sind so schnell und so gut wie möglich in unserem Land zu integrieren.

16. Demokratie stärken

Die schweizerische Demokratie ist unter Druck und erneuerungsbedürftig. Dafür gibt es verschiedene Gründe. So werden etwa die politischen Handlungsspielräume der demokratisch verfassten Nationalstaaten durch die Folgen der Globalisierung und regionaler Integration zusehends eingeschränkt. Angesichts des wachsenden Rhythmus und der Komplexität der Politik ist das Milizparlament längst schon an seine Grenzen gestossen. Die Exekutive dominiert immer mehr. Die finanzschwachen Parteien, ursprünglich Organisatoren der demokratischen Kultur, sehen sich mehr und mehr erdrückt durch finanzstarke Verbände und Einzelpersonen wie Blocher, Frey, Schweri u.a. An die Grenzen gestossen ist auch der kleinräumige Föderalismus. Zur Problemlösung werden immer mehr überregionale Konkordate, Zweckverbände u.ä. ins Leben gerufen, zu denen die kantonalen Parlamente noch ja oder nein sagen, aber nicht mehr effektiv mitgestalten können. Demokratie braucht auch freie, mündige und informierte BürgerInnen mit gesicherten Grundrechten. Die exponentiell wachsenden privaten und staatlichen Datenbanken ("gläserner Mensch") zum Beispiel stellen dies in Frage. Neben dieser negativen Seite der Informationsgesellschaft stellt gerade diese auch neue Instrumente bereit, die es für die Demokratie zu nutzen gilt.

Die halbdirekte Demokratie der Schweiz ist vielschichtig und braucht ein gewisses Gleichgewicht. Mit der direkten Demokratie kann das "Volk" korrigierend eingreifen, neue Lösungen vorschlagen, oder auch nur verhindern. Mit den Wahlen wählt es RepräsentantInnen ins Parlament, die den Bundesrat und die Verwaltung kontrollieren, Gesetzesvorlagen beraten und selber Gesetze initiieren. Diese kontrollierende und beratende Funktion kann die direkte Demokratie nicht ersetzen. Wer gegen die Classe politique kämpft und mit den Volksrechten Bundesrat und Parlament umgehen will, verhöhnt deshalb die schweizerische Demokratie. Mit der rhetorischen Übergehung der Volksrechte verfolgen diese Kreise eine plebiszitäre Demokratie, in der das Volk mit millionenschweren Kampagnen für die eigenen Interessen missbraucht und manipuliert werden soll. Statt einer derartigen Schwächung will die SP eine Stärkung der Demokratie in der Schweiz und in Europa.

Die Forderungen der SP

1. Mit einem EU-Beitritt würde die demokratisch verfasste Schweiz stark an Handlungsfähigkeit gewinnen. Als vollwertiges EU-Mitglied könnte sich die Schweiz für eine Stärkung der Demokratie in der EU engagieren.
2. Spätestens mit dem EU-Beitritt muss das Parlament (teil-)professionalisiert und auf europäischen Standard gehoben werden. Es müssen ihm bzw. den Fraktionen erheblich mehr Ressourcen zur Verfügung stehen.
3. Im Zusammenhang auch mit dem EU-Beitritt schlägt die SP mit der eingereichten Volksinitiative die Einführung des konstruktiven Referendums vor. Dieses kann durch eine Volksmotion ergänzt werden, die den Bundesrat verpflichtet, sich in einem bestimmten Sinne in Brüssel zu engagieren.
4. Die politischen Parteien müssen für ihre demokratischen Funktionen speziell gefördert werden, soll die Demokratie nicht zum Spielball einiger Privilegierter und damit quasi zur Privatsache werden.
5. Es braucht eine Föderalismusreform, die die demokratischen Rechte wiederherstellt und weiterentwickelt. Sinnvollerweise wird eine solche Reform mit einer Gebietsreform verknüpft.
6. [1]Demokratie braucht Transparenz und Information und deshalb die grundsätzliche Öffentlichkeit der Verwaltung ("gläserne Verwaltung"). Die grössere Transparenz setzt auch eine beschleunigte Behandlung von Volksbegehren durch Verwaltung und Parlament voraus.

[1] Antrag Bern-Nord 16

7. Das heutige Ständemehr ist überholt und muss abgeschafft werden.
8. Mit der Gesetzesinitiative, wie sie in den Kantonen schon besteht, könnte schneller und direkter auf die Gesetzgebung eingewirkt werden.
9. Demokratie und Mitbestimmung dürfen sich nicht auf die Politik im engeren Sinn beschränken sondern müssen ausgeweitet werden auf Bereiche wie die Wirtschaft oder die Hochschulen.
10. Das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen muss mindestens auf Stufe Gemeinde und Kanton eingeführt werden.

17. Globalisierung politisch gestalten

Die Bilanz der beschleunigten Globalisierung und Internationalisierung - insbesondere der Wirtschaft - ist gemessen am Wohlstandsgewinn für die Bevölkerung dieser Welt erschreckend, wie der neuste Bericht über die menschliche Entwicklung des UNO-Entwicklungsprogramms UNDP wieder drastisch vor Augen führt. Aber auch die jüngsten Finanzkrisen hindern die Promotoren neoliberaler Wirtschaftspolitik nicht daran, weiterhin auf beschleunigte Liberalisierung und Deregulierung zu setzen und diese voranzutreiben. So soll der Internationale Währungsfonds neu das Mandat erhalten, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs (Investitionen) voranzutreiben und Ende November 1999 soll an einem Ministertreffen in Seattle eine neue Verhandlungsrunde der WTO gestartet werden.

Mit fortschreitender Liberalisierung und Deregulierung entgleiten immer mehr lebenswichtige Bereiche der politischen Gestaltung. Nirgends wird dies so sichtbar wie bei den Multis, beispielsweise bei der Nahrungsmittelerzeugung, wo das monopolisierte Zusammengehen von industrieller Nahrungsmittelproduktion, Pharma- und Chemiekonzernen, Gentechnologie und biologischer Piraterie in Entwicklungsländern traditionelle und nachhaltige Produktionsformen zerstört, die Bauern abhängig macht, Länder schamlos ausbeutet und die Wahlfreiheit der KonsumentInnen gezielt untergräbt.

Immerhin: ganz grenzenlos ist auch die Macht der Konzerne nicht: Die Arbeiten der OECD am Multilateralen Investitionsabkommen MAI wurden wegen des internationalen Widerstands eingestellt, oder es werden in Westeuropa Genprodukte wieder aus dem Sortiment genommen. Widerstand zeigt auch Resultate.

Forderungen der SP

1. Die Schweiz muss in allen internationalen Organisationen Mitglied sein, wo für die globale Entwicklung relevante Entscheide fallen. Konkret muss sie rasch der UNO und der EU beitreten. Allgemeine Leitlinien für ihr Handeln müssen die UNO-Menschenrechtspakte sein und sie muss in den internationalen Organisationen das Bündnis mit fortschrittlichen Ländern suchen. Ziel ist die Wiedergewinnung politischer Gestaltungsmöglichkeiten über eine Reform dieser Organisationen.
2. Die nächste WTO-Verhandlungsrunde (Millenium Round) kommt zu früh. Noch sind nicht einmal alle Abkommen der Uruguay-Runde umgesetzt, geschweige denn ausgewertet. Die erste, grobe Bilanz für die Entwicklungsländer ist negativ. Sie sind auch ressourcenmässig (z.B. Fachleute, rechtliches und institutionelles Know how) überfordert. Die nächste Runde muss deshalb verschoben werden.
3. Es müssen grundsätzliche Fortschritte bei der Erarbeitung von handelsbezogenen Sozial- und Ökoklauseln erreicht werden. Die Schweiz muss sich dafür einsetzen und dafür, dass die Entwicklungsländer dabei finanziell, mit Know how und mit Übergangsbestimmungen unterstützt werden und dass derartige Klauseln von den Industrieländern nicht als Vorwand für neuen Protektionismus missbraucht werden.
4. Die Schweiz setzt sich für die Schaffung eines internationalen Kartell- bzw. Wettbewerbsrechts und einer internationalen Kartellbehörde ein.
5. Die jüngsten Finanzkrisen zeigen den Bedarf nach einer neuen internationalen Finanzarchitektur und einer Reform der IWF-Politik, die auf nachhaltiges Wachstum angelegt und eingebunden in die Politik der UNO-Organisationen und der Weltbank ist. Die Schweiz muss direkte oder indirekte Kapitalverkehrskontrollen (wie die Tobin Tax) zum Thema machen. Die privaten Gläubiger müssen die Kosten von Finanzkrisen künftig besser mittragen. Dazu

braucht es auch die Einführung eines internationalen Insolvenzrechts. Ohne derartige grundlegende Reformen müssen weitere Liberalisierungsschritte erst recht bekämpft werden.

6. Die Schweiz hat auch die Möglichkeit, autonom Massnahmen zugunsten einer solidarischen und gerechten Politik zu ergreifen.
   - Sie legt ein Schwergewicht auf Konfliktprävention, Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit. Dazu gehört auch eine Verstärkung ihres Engagements in der OSZE und im Europarat. Sie setzt dazu die 600 Millionen Franken ein, die mit der Umverteilung der Militärausgaben jährlich frei werden. Die Schweiz setzt sich zudem international ein für eine umfassende Ächtung aller Massenvernichtungsmittel sowie für eine Eindämmung des Handels mit konventionellem Kriegsmaterial. Ferner braucht es eine strengere Umsetzung des Güterkontrollgesetzes und des Kriegsmaterialgesetzes (u.a. Verbot aller Kriegsmaterialexporte, die mit den Zielen der schweizerischen nicht vereinbar sind).
   - Sie muss die Entwicklungshilfe rasch auf 0,4% und später auf 0,7% des BIP erhöhen.
   - Sie setzt sich in den internationalen Organisationen, insbesondere im IWF und der Weltbank für weitergehende Schuldenerlasse zu vernünftigen Bedingungen gegenüber den hochverschuldeten Entwicklungsländern ein.
   - Sie senkt die Attraktivität der Schweiz als Fluchtgeldhort.
   - Sie setzt Anreize, um den eigenen Ressourcenverbrauch stark zu reduzieren.

18. Für eine Kulturpolitik, die unsere gesellschaftliche Vielfalt zum Ausdruck bringt

Mit Artikel 69 der neuen Bundesverfassung verfügt die Schweiz über eine Grundlage für konkrete kulturpolitische Massnahmen. Kulturelle Aktivität ist der Kern des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und Quelle des Dialogs. Sie hilft nicht nur, mit Unterschieden umzugehen, sondern gibt ihnen auch einen Wert. Sie kann folglich konfliktheммend wirken. Man darf zudem nicht ausser Acht lassen, dass ein reiches Kulturleben sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Region auswirken kann.

Forderungen der SP:

1. Der Bund unterstützt die Förderung kultureller Veranstaltungen, die den Austausch und die bessere Verständigung zwischen den verschiedenen Regionen und Bevölkerungsschichten unseres Landes stärken. Eine bessere Integration der bei uns lebenden ausländischen Bevölkerungsgruppen kann durch kulturelle Ereignisse erfolgen, wodurch beide Seiten profitieren könnten.
2. Aus gleichem Grund setzt sich der Bund für einen verstärkten kulturellen Austausch mit dem Ausland ein und betont dabei unsere Vielfalt.
3. Er unterstützt und entwickelt das Schaffen auf kulturellem Gebiet und sorgt dabei für einen möglichst ungehinderten Zugang. Andere Schwerpunkte auf kulturellem Gebiet, die ebenfalls grosszügiger unterstützt werden sollten: kulturelle Animation, Verbreitung von Werken, Bildung und Forschung im Bereich der Kultur.
4. Kulturveranstaltungen können gewinnbringend sein und Industrie und Wirtschaft zu Investitionen verlocken. Um zu verhindern, dass die Kultur in den Regionen abseits der Wirtschaftszentren benachteiligt wird, unterstützt der Bund Kulturprojekte in Randregionen vermehrt politisch und finanziell.
5. Die Schweiz hat sich zu einem wichtigen Kunstmarkt entwickelt. Sie verfügt aber über kein Gesetz, das Import und Export von Kulturgütern regelt (als einziges Land in Europa). Um das gesetzliche Vakuum betreffend des illegalen Handels mit (gestohlenen) Kunstwerken zu überwinden sollte der Bund die notwendigen Schritte zur Ratifizierung der UNESCO-Konvention von 1970 (betreffend den Schutz und den internationalen Austausch von Kulturgütern) unternehmen und das Unidroit-Abkommen von 1995 (bezüglich Rückgabe von gestohlenen Kulturgütern, von Kulturgütern, welche aus illegalen Ausgrabungen stammen und Rückgabe von unerlaubterweise exportierter Kulturgüter) unterzeichnen.